

Kleine Anfrage

OECD-Umbaupläne in Sachen Unternehmensbesteuerung

Frage von Landtagsabgeordneter Christoph Wenaweser

Antwort von Regierungschef Adrian Hasler

Frage vom 05. April 2019

Anlässlich der letzten Landtagssitzung habe ich mich mit einer Kleinen Anfrage zu den neuerlichen Umbauplänen der OECD in Sachen Unternehmensbesteuerung an die Regierung gewandt. Inzwischen fand am 13. und 14. März eine öffentliche Konsultation statt, anlässlich derer zum zugrunde liegenden Positionspapier der OECD Stellung bezogen werden konnte. Dazu folgende Fragen:

1. Welche Position haben die Vertreter unseres Landes anlässlich der öffentlichen Konsultation bezogen?
2. Welches sind die generellen Erkenntnisse, die bislang aus den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation gewonnen werden konnten?
3. Wird die liechtensteinische Position auch von anderen Staaten gestützt?
4. Welches sind die nächsten Schritte seitens unseres Landes in dieser Angelegenheit?

Antwort vom 08. April 2019

Zu Frage 1:

Ziel dieser öffentlichen Konsultation im März war es, die Meinung der externen Stakeholder einzuholen und nicht jene der Länder. Es ging darum, sich von den Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Beratern und Universitäten für die weitere Analyse und Bearbeitung des Themas Input einzuholen. Die Länder wurden daher von der OECD gebeten, sich nicht an den Diskussionen zu beteiligen, sondern lediglich als Zuhörer zu agieren.

Zu Frage 2:

Für konkrete Erkenntnisse scheint es zum jetzigen Zeitpunkt noch etwas verfrüht. Auf Basis der Inputs der externen Stakeholder soll nun ein Arbeitsprogramm festgelegt werden, welches technische Fragen der einzelnen Varianten umfassen wird. Generell ist davon auszugehen, dass an beiden Hauptvarianten, d.h. der Besteuerung der „Digitalen Wirtschaft“ und der Mindestbesteuerung, weitergearbeitet wird.

Zu Frage 3:

Liechtenstein hat sich in den bisherigen Diskussionen für eine gezielte Lösung der Probleme bei der Besteuerung der digitalen Wirtschaft ausgesprochen. Dabei solle eine pragmatische Lösung gefunden werden, welche lediglich auf Grosskonzerne Anwendung findet. Diese Position wird von einzelnen Staaten, wie bspw. der Schweiz oder UK, gestützt.

Zu beachten ist jedoch, dass gewichtige Staaten eine andere Position einnehmen. So kam der Vorschlag einer branchenübergreifenden Lösung von den USA. Daneben unterstützen grosse Entwicklungsländer, wie bspw. Indien, das noch weitergehende Konzept der „wesentlichen wirtschaftlichen Präsenz“ ohne feste Geschäftseinrichtung. Unabhängig von diesen Stossrichtungen wird der Vorschlag einer globalen Mindestbesteuerung von fast allen grossen Industrie- und Schwellenländern als Parallellösung befürwortet.

Zu Frage 4:

Das nächste Meeting innerhalb der OECD findet Ende Mai statt. Dabei soll das weitere Arbeitsprogramm der Task Force on Digital Economy festgelegt werden, welches im Juni sodann auch den Finanzministern der G20 vorgestellt wird.

Wie bereits ausgeführt, ist davon auszugehen, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Varianten ausgeschlossen werden. Liechtenstein wird sich daher weiterhin für eine gezielte Lösung für die Probleme bei der Besteuerung der digitalen Wirtschaft aussprechen.